

## Gewerkschaftsforum Hannover:

Der folgende Artikel erschien in gekürzter Form (5.239 Zeichen) in der „**jungen Welt**“ ([www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)) vom **17.10.2008**. Hier die komplette Originalversion (7.092 Zeichen).

Die vorgezogenen kanadischen Parlamentswahlen, deren Ergebnis bei Abschluss des Artikels noch nicht bekannt war, brachte eine Bestätigung der rechtskonservativen Minderheitsregierung unter Stephen Harper. Dessen **Konservative Partei** verbesserte sich um 1,4% auf 37,6%, stellt dank des Wahlrechts aber in Zukunft 46,4% der 308 Abgeordneten (+ 12,6%). Die in der Neuen Mitte angesiedelte und vom „moderaten“ Teil der Gewerkschaftsbürokratie unterstützten **Liberals** von Stéphane Dion büßten 4% der Stimmen (jetzt noch 26,2%) und 19% der Parlamentssitze ein und waren damit die großen Verlierer der Wahl, während die sozialdemokratischen **New Democrats** von Jack Layton, die den „radikaleren“ Teil des Gewerkschaftsapparats hinter sich haben, 0,65% der Stimmen (jetzt 18,1%) hinzugewannen und in Zukunft 12% der Parlamentarier stellen. Der separatistische **Bloc Québécois** von Gilles Duceppe verlor 0,5%, entsendet allerdings, dank seiner regionalen Konzentration, mit 10% der Stimmen 16% der Abgeordneten. Die kanadischen **Grünen** legten um 2,3% auf 6,8% zu.

Die radikale Linke landete einmal mehr unter ferner Liefen: Anna Di Carlos **Marxisten-Leninisten** verloren 233 Wähler und kamen auf 8.747 Stimmen (0,06%) und der Rest der „offiziellen“ **Kommunistischen Partei** von Miguel Figueroa kam mit einem Plus von 617 Stimmen auf insgesamt 3.639 Wähler bzw. 0,03%.

# Geplatzte Illusionen

**Kurz vor den Wahlen entdeckt Kanada  
Arbeitsplatzabbau, Armut und Finanzkrise**

**waldemar Bolze**

Nur eines ist noch beeindruckender als das tägliche Feuerwerk aus Banken- und Versicherungscrashs, drohendem Staatsbankrott und nutzlosem Verbrennen dreistelliger Milliarden Dollar-Beträge: die Realitätsflucht, die angesichts dessen vielerorts betrieben wird. Besonders ausgeprägt war dieses Phänomen bis vor wenigen Tagen ausgerechnet in Kanada, dem Land, das wie kein anderes mit dem Krisenherd USA verwoben ist. Die jüngsten Rekordverluste an der Börse ließen dann allerdings, kurz vor den vorgezogenen Parlamentswahlen am 14. Oktober, die Alarmsirenen schrillen.

Beispielhaft für den Stimmungswechsel ist Kanadas rechtskonservativer Ministerpräsident Stephen Harper. Anfang Oktober hatte er in einer Debatte mit anderen Parteiführern noch behauptet: *„Kanada ist nicht die Vereinigten Staaten. Die Situation ist ganz anders. Das Fundament unserer Wirtschaft ist sehr solide. Wir haben keine Krise.“* Am „Schwarzen Montag“, dem 6.10.2008, klang der Regierungschef dann plötzlich ganz anders. Nun heißt es: *„Wir sind keine Insel. Wir können und werden nicht so tun als ob wir den weltweiten Entwicklungen entgingen.“*

Die Entwicklung der Toronto Stock Exchange hat da kräftig mitgeholfen. Der S&P/TSX-Composite-Index der siebtgrößten Börse der Welt stürzte seit dem 18. Juni dieses Jahres von 15.073 auf 9.065 Punkte ab (Stand: 10.10.2008) – ein Verlust von 60 Prozent. Nicht nur für Großkonzerne, sondern auch für Pensionsfonds und Privatanleger, die mit Wertpapieren ihre Altersversorgung sichern wollten, eine katastrophale Entwicklung. Das Problem ist aber umfassender. Der „Financial Times“ zufolge steht Kanada „am Rande einer Rezession“. Nachdem in den letzten Jahren das Wachstum im Schnitt 3 Prozent betragen hatte, waren es im zweiten Quartal 2008 nur noch magere 0,1 Prozent. Auf Jahresbasis ergäben sich 0,3%.

Zugleich hat sich die Arbeitsplatzvernichtung im Sommer noch einmal beschleunigt. Allein im Juli verschwanden 55.000 Jobs. Laut dem Chefökonom der Toronto-Dominion Bank, David Tulk, wurden in den letzten acht Jahren, vor allem als Folge der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA und der Aufwertung des kanadischen Dollars, mehr als 400.000 Stellen im verarbeitenden Gewerbe beseitigt. In den kommenden fünf Jahren sollen es in dem 33 Millionen Einwohner zählenden Land noch mal so viele sein. Besonders gefährdet sind die General Motors-Werke in der Provinz Ontario, wo in 14 großen Montagewerken und 450 Zulieferbetrieben noch 135.000 Menschen arbeiten. Einen – mehr als wahrscheinlicher – Rückgang des Binnenkonsums in den USA würde Kanada am intensivsten zu spüren bekommen, denn der große Nachbar ist Abnehmer von 79 Prozent aller kanadischen Ausfuhren und der Exportanteil am kanadischen Bruttoinlandsprodukt beträgt stattliche 38%.

Auch finanziell steht die G8-Macht längst nicht so gut da, wie viele glauben. Zwar blieben spektakuläre Firmenzusammenbrüche bislang aus, doch mussten die kanadischen Banken, gemäß der „Vancouver Sun“, seit Beginn der Krise insgesamt 7,2 Milliarden Euro abschreiben. Außerdem gehören einige der angeschlagensten US-Institute zum Besitz der Großbanken Royal Bank, Toronto-Dominion und Bank of Montreal. Und während der Anteil der als „hochgiftig“ geltenden Subprime-Darlehen in den USA bei 12% liegt, sind es in Kanada immerhin noch 5%. Zugleich ist die Verschuldung der privaten Haushalte im Juni auf 107 Prozent der Einkünfte gestiegen. Damit lag sie 11 Punkte höher als zwei Jahre zuvor. Ähnlich wie südlich der Grenze versuchten viele Arbeiter und Angestellte auch hier auf Pump Anteil am wachsenden Reichtum zu nehmen.

Trotz der nach einer 18jährigen, ununterbrochenen Prosperitätsperiode verbesserte sich die Lohnsituation nur wenig. Obgleich die Arbeitslosenquote von 7,2 auf 6,1 % im vergangenen Jahr zurückgegangen ist, lag die Armutsrate in den letzten fünf Jahren unverändert bei 17 – 18 Prozent und lebt jedes achte Kind (788.000) im Elend. Ein klassisches „Working Poor“-Phänomen, denn 41% von ihnen kommen aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen Vollzeitjob hat. Besonders betroffen sind wie immer allein erziehende Mütter und Migrantenfamilien, von denen knapp die Hälfte als arm gelten. Dem offiziellen Jahresbericht für 2007 zufolge wäre eine Einkommenserhöhung von rund 10.000 kanadischen Dollar (6.300 Euro) im Jahr erforderlich, um hier Abhilfe zu schaffen.

Geld ist genug da, wie nicht nur die immer neuen Milliardensummen zeigen, die die Zentralbank seit Monaten in den Markt schießt, um die Liquidität zu erhöhen und einen „Credit Crunch“ zu verhindern. Kanada ist eines der rohstoffreichsten Länder der Erde. Es ist größter Uranabbauer, drittgrößter Erdgasförderer, drittgrößter

Diamantenproduzent, fünftgrößter Stromerzeuger und verfügt (unter Berücksichtigung der durch den hohen Ölpreis rentabel gewordenen Ölsände in Alberta) nach Saudi-Arabien über die zweitgrößten Erdölreserven der Welt. Darüber hinaus gibt es stattliche Gold-, Zink-, Nickel- und Kupfervorkommen. Auch aufgrund des globalen Rohstoffhungers stieg das BIP pro Kopf von 31.100 US-Dollar in 2004 auf 42.700 \$. Der größte Teil davon landete allerdings in den Kassen der großen Corporations. Die „Big Six“ der Bankenwelt realisierten 2007 zusammengenommen einen Rekordprofit von 19,5 Mrd. \$. Doch auch Multis aus anderen Branchen, wie die Thomson Reuters Corp. (von 1,27 auf 4,3 Mrd.\$), der Kommunikationsriese BCE Inc. (von 2 auf 4 Mrd.\$) oder die Ace Aviation Holdings Inc. (von 408 Millionen auf 1,4 Mrd.\$) sahten kräftig ab..

Das ist auch eine Folge der neoliberalen Politik, die bis Februar 2006 von der mitte-linken Liberalen Partei und seitdem von der konservativen Minderheitsregierung betrieben wurde. Im Zuge dessen reduzierte sich die Staatsverschuldung von 101 Prozent des BIP 1999 auf 64,7 Prozent in diesem Jahr. Massive Ausgabensteigerungen gab es hingegen beim Militär. Die selbst ernannte „moralische Supermacht“ wird – sofern sich nichts ändert – bis 2012 allein für die Beteiligung am Kolonialkrieg in Afghanistan 22 Milliarden Dollar ausgeben.

Gegen die von Ministerpräsident Harper propagierte Politik des „Weiter so!“ wendeten sich kurz vor den Wahlen 85 renommierte Wirtschaftswissenschaftler (die meisten von ihnen Universitätsprofessoren) in einem Offenen Brief. Darin wenden sie sich gegen den bisherigen Ansatz der Wirtschaftspolitik mit ihren Steuersenkungen, Deregulierung und Privatisierung. *„Die dramatischen Ereignisse der vergangenen Wochen haben die Vorstellung zerstört, dass man die Märkte am besten sich selbst überlässt. Die enormen Kosten dieser Selbstgefälligkeit haben das deutlich gezeigt.“* In dieser *„vielleicht schlimmsten Krise seit den 30er Jahren“* solle die kommende Regierung *„eine aktivere Rolle bei der Stabilisierung der Finanzmärkte, der Stimulierung echter Investitionen und dem Schutz von Einkommen und Beschäftigung spielen“*. Es wird sich zeigen, ob die Masse der Wähler das auch so sieht und dieser Erkenntnis nötigenfalls auch auf der Straße Nachdruck verleiht.

## **Vorbemerkung: Gewerkschaftsforum Hannover**

Kontakt: [gewerkschaftsforum-H@web.de](mailto:gewerkschaftsforum-H@web.de)